

Beschluss des Landesvorstandes der FDP Bremen vom 10. Juni 2009:

Die FDP Bremen stellt mit Erschrecken fest, daß der deutsche Steuerzahler zur Rettung von Opel und anderen Unternehmen in Haftung genommen werden soll.

Bei allem vorhandenen Verständnis für die Probleme der betroffenen Mitarbeiter von Opel und Arcandor halten wir es für falsch, zu versuchen wirtschaftliche Probleme der Unternehmen mit staatlichen Eingriffen, Übernahmen oder milliardenhohen Bürgschaften zu beheben. Die Vergangenheit und Erfahrung zeigen, dass die grundlegenden Probleme der mangelnden Marktfähigkeit auf diese Weise nicht gelöst werden (z.B. Holtzmann).

Marktwirtschaftliches Denken und Handeln weiss, das bei Überkapazitäten, wie in der Automobilindustrie, früher oder später Anpassungsprozesse notwendig sind und auch umgesetzt werden. Darum wäre es unserer Meinung nach besser, zuzulassen, daß im Rahmen einer geregelten Insolvenz mit Fortführungsoption die marktgängigen und werthaltigen Anteile der Unternehmen weitergeführt werden. Hierfür werden sich Investoren finden, die auch ohne Bürgschaften und Subventionen Interesse an einer Übernahme haben.

Weiterhin halten wir es für nicht begründbar, wenn grossen Unternehmen geholfen werden soll und der Mittelstand als Zahler der für die Rettung benötigten Steuern herangezogen wird, dem Mittelstand aber keine derartigen oder anderen Hilfsinstrumente zur Verfügung gestellt werden.